

26. Sitzung Leg.-Periode 2011/2016

Homberg, den 30. Januar 2014

Beginn: 19:00 Uhr

Niederschrift **über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung** **am 30. Januar 2014** **in dem Dorfgemeinschaftshaus, 34576 Homberg - Holzhausen**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Ersten Stadtrat Fröde an der Spitze, die Zuhörer sowie Frau Yüce von der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen.

Er stellt fest, dass Einwendungen gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung nicht erhoben werden, und dass zur Zeit 28 Stadtverordnete im Saal anwesend sind, darunter neun Stadtverordnete von der SPD, acht Stadtverordnete von der CDU, sechs Stadtverordnete von der FWG, zwei Stadtverordnete von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, zwei Stadtverordnete von der FDP und Herr Stadtverordneter Schnappauf.

Weiterhin stellt er die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Nachträglich gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher allen Stadtverordneten, Stadträten und weiteren Personen, die in der Zeit vom 12.12.2013 bis 30.01.2014 Geburtstag hatten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Stadtverordnetenvorsteher Heinz Marx, zwei weitere Punkte auf die Tagesordnung zu nehmen.

- 1. Genehmigung eines Grundstückskaufvertrages über den Verkauf eines Grundstücks mit einer Größe von ca. 4.538 m² in der Dörnbergkaserne**
- 2. Zukünftige LEADER-Förderung (Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) im Rahmen des Zweckverbandes Knüllgebiet;
hier: Erweiterung der Mitgliedschaft im Zweckverband Knüllgebiet**

Abstimmung zu Punkt 1: Bei 28 Anwesenden 18 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und neun Enthaltungen.

Da die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nicht erreicht wurde, ist der erste Zusatzpunkt abgelehnt.

Abstimmung zu Punkt 2: Bei 28 Anwesenden 27 Ja-Stimmen und eine Enthaltung.

Fraktionsvorsitzender Jäger beantragt, den Tagesordnungspunkt 2 „Widersprüche gegen Beschlüsse zur Ostpreußen- und Dörnbergkaserne der letzten Stadtverordnetensitzung“ abzusetzen und führt als Begründung die Stellungnahme des Hessischen Städtetags an.

Herr Althaus vertritt die Meinung, der Antrag sei inhaltlich korrekt und solle nicht abgesetzt werden.

Abstimmung: Bei 28 Anwesenden 17 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und acht Enthaltungen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Dann teilt der Erste Stadtrat Fröde mit, dass die heutigen Tagesordnungspunkte 4 bis 7 zurückgezogen werden.

Herr Althaus spricht den Tagesordnungspunkt 15 „Anfragen“ an und fragt, warum seine Anfrage vom 9. Januar 2014 nicht auf der Tagesordnung enthalten ist.

Darauf antwortet Stadtverordnetenvorsteher Marx, den Sachverhalt zu prüfen.

Fraktionsvorsitzender Pauli gibt die persönliche Erklärung vom heutigen Tag ab, die dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt wird.

Herr Althaus kann nicht nachvollziehen, warum seine Widersprüche von der Tagesordnung abgesetzt worden sind.

Anwesend von der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Axel Althaus	CDU	Frau Edith Köhler	SPD
Herr Axel Becker	CDU	Herr Christian Marx ab TOP 1	SPD
Herr Reinhard Fröde	CDU	Herr Heinz Marx	SPD
Herr Dietmar Groß	FWG	Frau Sandra Melchior	SPD
Herr Dietrich Habbishaw	GRÜNE	Herr Joachim Pauli	CDU
Herr Sascha Henschke-Meyl	FWG	Frau Nadine Potstawa	CDU
Herr Bernd Herbold	SPD	Herr Manfred Ripke	FDP
Herr Hilmar Höse	GRÜNE	Herr Delf Schnappauf	
Herr Thomas Hoffmann	FWG	Herr Eckbert Siebert	FWG
Herr Achim Jäger	FWG	Herr Michael Spork	CDU
Herr Joachim Jerosch	SPD	Frau Claudia Ulrich	CDU
Frau Ursula Jungermann	SPD	Herr Wilfried Vaupel	SPD
Herr Holger Jütte	FDP	Frau Barbara von Gimborn	SPD
Herr Wolfgang Knorr	CDU	Frau Karin Wilhelm	SPD
Herr Günther Koch	FWG		

Anwesend vom Magistrat:

Herr Erster Stadtrat Gerhard Fröde	Herr Stadtrat Jürgen Kreuzberg
Herr Stadtrat Joachim Eisenberg	Herr Stadtrat Jürgen Monstadt
Herr Stadtrat Heinrich Engelhardt	Frau Stadträtin Ulrike Otto
Frau Stadträtin Christa Gerlach	Herr Stadtrat Karl Weiß
Herr Stadtrat Hartmut Höhle	

Zuhörer: 37

VERLAUF UND ERGEBNIS DER BERATUNGEN ZU DEN EINZELNEN TAGESORDNUNGSPUNKTEN:

Zu Punkt 1:

Gegenstand: Widerspruch gegen das Stadtverordnetenprotokoll vom 12. Dezember 2013

Herr Herbold begründet seinen Widerspruch.

Stadtverordnetenvorsteher Marx stellt fest, dass der Bürgermeister nicht anwesend ist und deshalb dazu keine Stellung beziehen kann. Der damalige Protokollführer, Ordnungsamtsleiter Helmut Wagner, habe ihm mitgeteilt, dass er die schriftliche Antwort des Bürgermeisters auf die Anfrage in das Protokoll aufgenommen hat.

Dazu sprechen Herr Höse und Fraktionsvorsitzender Ripke.

Stadtverordnetenvorsteher Marx teilt mit, dass jetzt 29 Stadtverordnete anwesend sind und lässt über den Widerspruch abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Änderung des Protokolls vom 12. Dezember 2013:

Antwort auf Nr. 6 der Anfrage:

Der Absatz „Wiederhold zu Heizhaus und Erdtanks – gegenüber der BIMA. Dies wurde von Herrn Wiederhold gegenüber der HLG und dem Bürgermeister mündlich zurückgezogen.“ wird gestrichen und stattdessen durch den Satz „Zu dem Heizhaus und den Erdtanks gab es keine weiteren Kaufanfragen.“ ergänzt.

Abstimmung: Bei 29 Anwesenden 17 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen.

Damit muss das Stadtverordnetenprotokoll vom 12. Dezember 2013 entsprechend geändert werden.

Zu Punkt 2:

Gegenstand: Widersprüche gegen Beschlüsse zur Ostpreußen- und Dörnbergkaserne der letzten Stadtverordnetensitzung

Abgesetzt.

Zu Punkt 3:

Gegenstand: Information zu einem Beschluss über die Verhinderung eines Eintrags im Grundbuch

Der Brief des Rechtsanwaltes Nottelmann zum Sachverhalt liegt den Einladungsunterlagen bei.

Zu Punkt 4:

**Gegenstand: Zukünftige LEADER-Förderung (Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) im Rahmen des Zweckverbandes Knüllgebiet;
hier: Erweiterung der Mitgliedschaft im Zweckverband Knüllgebiet**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet die Ausschussvorsitzende Frau Wilhelm wie folgt:

Die Stadt Homberg ist seit Beginn der Zweckverbandsarbeit lediglich mit neun Stadtteilen als Mitglied im Zweckverband Knüllgebiet vertreten. Nach der neuen Regelung des LEADER-Förderverfahrens müssen alle Stadtteile einer Kommune Mitglieder sein, um in den Genuss von Förderungen zu kommen.

Außerdem ist es erforderlich, dass die antragstellende Region mindestens 50.000 Einwohner umfasst. Der Beitrag beträgt momentan 2.633,00 € pro Jahr. Nach den geltenden Richtlinien müssten für die gesamte Stadt ca. 12.000,00 € gezahlt werden. Der Zweckverband macht den Vorschlag, ab dem 01.01.2015 einen pauschalen Mitgliedsbeitrag von 9.000,00 € festzulegen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Beitritt der Stadt Homberg (Efze), komplett mit allen 20 Stadtteilen, in den Zweckverband Knüllgebiet zu beschließen.

Fraktionsvorsitzender Jäger erläutert den Sachverhalt nach Beratung im Haupt- und Finanzausschuss und bezeichnet die LEADER-Förderung als sinnvoll, besonders weil sie mit der Dorferneuerung kombinierbar ist. Seine Fraktion ist für den Antrag. Er bittet den Magistrat, die Rolle der Stadt Homberg (Efze) als große Beitragszahlerin entsprechend geltend zu machen; das heißt, beispielsweise Sitze im Vorstand und im Regionalausschuss zu verlangen.

Herr Schnappauf teilt mit, dass ihm keine Unterlagen vorliegen, deshalb habe er keinerlei Basis, dem Antrag zuzustimmen. Nach seinen Erfahrungen seien die Zuschüsse aus dem Programm für Homberg in der Vergangenheit dürrtig ausgefallen.

Frau Wilhelm informiert darüber, dass seit 1995 Fördermittel von 193.000,00 € nach Homberg geflossen sind, davon allein 120.000,00 € für die Gestaltung der Efzewiesen.

Herr Groß bedauert, dass Herr Schnappauf nicht am Informationsfluss beteiligt war.

Frau Ulrich ist der Meinung, Herr Schnappauf könne an den entsprechenden Ausschusssitzungen teilnehmen und dadurch entsprechende Informationen bekommen. Auch die CDU-Fraktion wird einer erweiterten Mitgliedschaft zustimmen.

Herr Siebert stellt fest, Herr Schnappauf habe nicht an der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teilgenommen, weil der Sachverhalt

nicht auf der Tagesordnung stand und die Sitzung nicht öffentlich war.

Frau Wilhelm stellt fest, dass der Sachverhalt als Tagesordnungspunkt 1 auf der Tagesordnung stand und lediglich die Haushaltsberatung nicht öffentlich war.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Beitritt der Stadt Homberg (Efze), komplett mit allen 20 Stadtteilen, in den Zweckverband Knüllgebiet.

Abstimmung: Bei 29 Anwesenden 28 Ja-Stimmen und eine Enthaltung.

Zu Punkt 5:

Gegenstand: Aufstellung einer Änderung Nr. 111 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für einen Teilbereich der Dörnbergkaserne;

hier: Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und endgültige Beschlussfassung

Zurückgestellt.

Zu Punkt 6:

Gegenstand: Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 57 für einen Teilbereich der Dörnbergkaserne;

hier: Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und Satzungsbeschluss

Zurückgestellt.

Zu Punkt 7:

Gegenstand: Aufstellung einer Änderung Nr. 124 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) zur Ausweisung von gewerblichen Bauflächen in der ehem. Ostpreußenkaserne einschl. Standort-schießanlage;

hier: Erneute Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und erneute endgültige Beschlussfassung

Zurückgestellt.

Zu Punkt 8:

Gegenstand: Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 60 zur Ausweisung eines Gewerbegebietes in der ehemaligen Ostpreußenkaserne einschl. Standortschießanlage;

hier: Erneute Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und von Bürgern und erneuter Satzungsbeschluss

Zurückgestellt.

Zu Punkt 9:

**Gegenstand: a) Beschlussfassung über Personalangelegenheiten
hier: Einstellung von Mitarbeiterinnen und
Mitarbeitern für Zwecke der Jugendarbeit**

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- Einen Angestellten ab 1. Februar 2014, unbefristet als Vollbeschäftigten, nach Entgeltgruppe S 8 Stufe 5, für Zwecke der Jugendarbeit einzustellen.
- Die in Elternzeit befindliche Angestellte ab 1. Februar 2014, unbefristet mit 20 Wochenstunden, nach Entgeltgruppe S 6 Stufe 4, für Zwecke der Jugendarbeit einzustellen.
- Eine Angestellte, für die in Elternzeit befindliche Mitarbeiterin, mit 20 Wochenstunden, nach Entgeltgruppe S 6 Stufe 3, ab 1. Februar 2014 befristet bis 26. Februar 2015, für Zwecke der Jugendarbeit einzustellen.

Abstimmung: Bei 29 Anwesenden 25 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen.

Gegenstand: b) Information über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten

Herr Erster Stadtrat Fröde informiert über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten wie folgt:

Für die städtischen Kindergärten wurde ab 18. Dezember 2013, befristet bis zum 31. Juli 2014, eine Vertretungskraft nach Entgeltgruppe S 4 Stufe 1 eingestellt.

Eine technische Angestellte im Bereich der Bauverwaltung wird mit Wirkung vom 1. Februar 2014 von EG 8 Stufe 2 nach EG 9 Stufe 2 angehoben.

Zu Punkt 10:

Gegenstand: **Mittelbereitstellung für Unternehmereinsatz Holzeinschlag von Laub und Nadelholz im Stadtwald Homberg (Efze) im Vorgriff auf den zu beschließenden Haushalt 2014**

Die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses trägt Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm vor.

Herr Schnappauf sieht Probleme in der Höhe der Summe. Er nennt Zahlen des Haushaltes 2013 und bittet um Auskunft des Magistrats.

Herr Erster Stadtrat Fröde bedauert, dass er keine Antwort geben kann.

Herr Reinhard Fröde verweist auf die Unterlagen.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, Mittel in Höhe von 30.000,00 € für den Unternehmereinsatz für den Einschlag von ca. 1.500 fm Laub- und Nadelholz im Stadtwald Homberg, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung, für das Haushaltsjahr 2014 bereitzustellen.

Abstimmung: Bei 29 Anwesenden 27 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Zu Punkt 11:

Gegenstand: **Genehmigung eines Grundstückskaufvertrages über einen Bau-
platz im Mühlhäuser Feld**

Die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von Frau Ausschussvorsitzenden Wilhelm vorgetragen.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt den Kaufvertrag mit der UR-Nr. 872/2013 vom 05. Dezember 2013 des Notars Eckehard Lischka.

Abstimmung: Bei 29 Anwesenden 27 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Zu Punkt 12:

Gegenstand: **Sachstandsbericht Konversion**

Herr Erster Stadtrat Fröde verzichtet auf das Vorlesen des Sachstandsberichtes, da dieser als Tischvorlage vorliegt.

Zu Punkt 13:

Gegenstand: **Anträge**

a) des Stadtverordneten Delf Schnappauf vom 30. Oktober 2013

betr. Aussprache über den Bruch des Briefgeheimnisses

Herr Schnappauf begründet seinen Antrag und bittet um Berücksichtigung der folgenden Resolution:

„Als Stadtverordnete haben wir die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren. Darüber hinaus ist es unser aller staatsbürgerliche Pflicht, die Grundrechte zu schützen und zu verteidigen.

Der Bürgermeister hat Briefe an die Stadtverordneten geöffnet, gelesen und zurück gehalten und damit das Grundrecht des Briefgeheimnisses verletzt.

Dieser Vorgang untergräbt das Vertrauen in die Bürgervertreter, wenn es wortlos hingenommen würde. Die Bürger müssen sicher sein, dass sie sich unkontrolliert an die Stadtverordneten wenden können.

Wir verurteilen das Verhalten des Bürgermeisters.“

Herr Reinhard Fröde stellt fest, dass Herr Schnappauf Klage zu diesem Sachverhalt gegen den Bürgermeister erhoben hat und verliert teilweise einen Brief der Staatsanwaltschaft Kassel, warum das Verfahren eingestellt wurde.

Herr Schnappauf verweist darauf, es handle sich um einen politischen Vorgang. Das Handeln des Bürgermeisters könne nicht hingenommen werden.

Herr Groß meint, man solle nicht noch Öl ins Feuer gießen, das Thema sei ausführlich diskutiert worden. Außerdem wäre das Kapitel Bürgermeister nach dem 25. Mai beendet.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx verliest den Brief der Staatsanwaltschaft Kassel in voller Länge.

Herr Höse unterstützt die Ausführungen des Herrn Groß, auch bezüglich des Endes der Amtszeit des Bürgermeisters.

Herr Jäger teilt mit, er könne die Resolution nicht unterstützen, da nichts nachweisbar sei. Tatsache sei, der Bürgermeister habe mitgeteilt, es liege ein Brief von Frau Fischer vor. Dieser solle mit einer Stellungnahme der Bauverwaltung später weitergeleitet werden. Er habe den Brief ca. vier bis fünf Wochen später auf eine Mail-Anfrage bekommen.

Im Rathaus eingehende Briefe an Stadtverordnete müssen sofort weitergeleitet werden bzw. es müsse eine Information erfolgen, dass Briefe im Rathaus zur Abholung bereit liegen.

Dann lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx über die Resolution abstimmen.

Abstimmung: Bei 29 Anwesenden eine Ja-Stimme, 23 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Damit ist die Resolution abgelehnt.

Zu Punkt 14:

Gegenstand: Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

Der Bericht ist dem Protokoll beigefügt.

Zu Punkt 15:

Gegenstand: Informationen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx teilt mit, dass die für den 26. Juni geplante Sitzung auf den 27. Juni 2014 verschoben werden soll, da das Fußball WM-Spiel „Deutschland – USA“ übertragen wird.

Die für den 12. September geplante Sitzung soll auf den 11. September 2014 vorverlegt werden.

Zu Punkt 16:

Gegenstand: Anfragen

a) des Stadtverordneten Delf Schnappauf vom 16. Januar 2014 betr. Geplante Algenzuchtanlage

Die Beantwortung der Anfrage wird von Herrn Ersten Stadtrat Fröde wie folgt verlesen:

1. Aus welchen Gründen wurde die im August für September 2013 vom Bürgermeister angekündigte Besichtigungsfahrt zu einer Algenzuchtanlage bisher noch nicht durchgeführt?

Mangels Interesse der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder fand die Besichtigungsfahrt bisher noch nicht statt.

2. Wer tritt als Käufer dieses Geländes auf? Ist es die Ökologische Projekte AG (ÖPAG), für die Herr Dr. Lorenzo in Homberg am 03.12.2013 vortrug oder ist es Herr Pannach, der als ETG-projekte auftritt?

Ein Käufer ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Herr Pannach ist der Projektentwickler. Dr. Lorenzo arbeitet Herrn Pannach zu.

3. Hat der Magistrat die Bonität der Käufer geprüft, so dass sowohl der Grundstückskauf für 200.000 Euro wie auch die Investition in Höhe von mehreren Millionen Euro gewährleistet ist?

Die Prüfung der Bonität findet bei einer weiteren Konkretisierung vor der Beschlussempfehlung in den städtischen Gremien statt. Die

Wirtschaftlichkeit wird in das Gesamtpaket einfließen.

4. **Herr Pannach trug im Haupt- und Finanzausschuss vor, dass die Produktion im März 2014 in den vollklimatisierten Gewächshäusern starten soll, wenn sich die Stadt schnell entscheidet.**

- **Hält die Stadt diesen Zeitplan für realistisch?**

Nein, da bis jetzt die Bauleitplanung nicht abgeschlossen ist und auch kein Kaufvertrag gezeichnet sowie ein Bauantrag gestellt wurde.

- **Wenn nicht, welcher Zeitplan gilt?**

Ist zur Zeit nicht bekannt.

5. **Hat der Magistrat sich einen Einblick in die Energie-, Stoff- und Kostenbilanz der Algenzucht verschafft?**

Nein, ist nicht die Aufgabe des Magistrats. Andere Stellen prüfen dies zum Beispiel im Rahmen einer UVP.

6. **Herr Pannach nennt auf der Seite der ETG-Projekte Renditeerwartungen von 16 Prozent für die Algenzucht. Die ÖPAG spricht von Amortisation des Investments in vier bis fünf Jahren.**

- **Hat der Magistrat diese Aussagen einer Plausibilitätsprüfung unterzogen?**

Nein, ist nicht Aufgabe des Magistrats. Dies wird ein Investor zu prüfen haben.

- **Hält der Magistrat solche Renditevoraussagen für seriös ?**

Die Renditeerwartungen sind für den Magistrat unerheblich.

Herr Erster Stadtrat Fröde teilt mit, dass sich einzelne Magistratsmitglieder der Formulierung der Antworten nicht angeschlossen haben.

Herr Schnappauf stellt zwei Nachfragen, die dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt sind.

Zu Punkt 17:

Gegenstand: Anregungen

Herr Höse erwähnt die Stellungnahme der Kommunalaufsicht und des Hessischen Städtetages zum Thema § 25 HGO. Die Stellungnahme des Hessischen Städtetages würde ihm nicht vorliegen.

Die Verwaltung teilt mit, dass am heutigen Nachmittag die Unterlagen an die Herren Fraktionsvorsitzenden versandt wurden.

Frau Ulrich geht auf die Äußerungen der Herren Groß und Höse zum Thema „Ende der Amtszeit des Bürgermeisters“ ein und bittet, dem Bürgermeister mit Respekt und Achtung zu begegnen.

Weiter regt sie an, die Hinweistafeln an den Stadteingängen nicht nur einseitig mit den Veranstaltungen des KCV Homberg zu bestücken, sondern die andere Seite für Hinweise auf Karnevalsveranstaltungen in Holzhausen zu nutzen.

Herr Höse meint, im Sinne des menschlichen Miteinanders müsse man anregen, in sich selbst zu gehen. Er entschuldigt sich für seine Worte zur restlichen Amtszeit des Bürgermeisters.

Herr Schnappauf regt an, Tonbandaufnahmen während der Sitzungen durchzuführen.

Darauf antwortet Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx, das werde derzeitig geprüft.

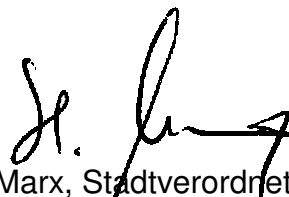
Herr Spork teilt mit, er habe in der HNA gelesen, dass in Fritzlar und Melsungen Plätze für Sternenkinder geschaffen wurden. Er habe solches schon in der Vergangenheit für Homberg vorgeschlagen und bedauert es, dass sein Vorschlag nicht umgesetzt wurde.

Stadtverordnetenvorsteher Marx schließt die Sitzung um 20:23 Uhr.

G e s c h l o s s e n :



Bottenhorn, Protokollführer



Marx, Stadtverordnetenvorsteher

Nachfrage zu Algenzucht

Frage 1:

Sind dem Magistrat mit Bürgermeister Martin Wagner an der Spitze die folgenden Fakten über die so genannten Investoren bekannt:

1. Die ÖPAG, für die Herr Dr. Lorenzo in Homberg war, gibt als Geschäftsadresse Königsallee 20 A in Berlin-Grünwald an. Unter dieser Anschrift gibt es keine ÖPAG.
 2. Die etg-Projekte von Herrn Pannach, der ebenfalls in Homberg war, gibt als Geschäftsadresse An der Heilandweide 2, in Berlin-Marienfelde. Dort existiert diese Firma nicht.
 3. Die Firma Schumann & Schumann in Potsdam steuert die sogenannten Partnerfirmen, die durch unterschiedliche Knöpfe auf dem Telefon von Michael Schumann existieren.
 4. In dem Firmennetzwerk gibt es kein arbeitsfähiges Labor.
 5. Im Januar 2013 erklärte die Firma sie sei zahlungsunfähig. Eine Frau aus dem Vorstand und der Laborleiter wurden entlassen.
 6. Die ecological energy group (EEG) ist im November 2013 in die Insolvenz gegangen und existiert nicht mehr.
2. Ist dem Magistrat bekannt, dass die Erzeugung von Öl für energetische Nutzung aus Algen je Liter 250,- Euro kostet?

Sachstandsbericht über Beschlüsse der noch nicht abgearbeiteten Anträge der Stadtverordnetenversammlung Stand 30. Januar 2014

<p>gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.08.2011</p>	<p>betr. Prüfung von Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der B 323</p>	<p>18.08.2011</p>	<p>“Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welche Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Bundesstraße 323 getroffen werden können, um die Lärmbelästigung für die betroffenen Homberger Bürger zu reduzieren. Dabei ist ebenfalls festzustellen, ob ggf. Lärmschutzmessungen erforderlich sind und welche Kosten – unter Berücksichtigung möglicher Zuschüsse – auf die Stadt Homberg zukommen würden.“</p>	<p>Die neuen Ergebnisse der Verkehrszählung 2010 wurden seitens hessen mobil mit denen der Prognose im Rahmen des damaligen Verfahrens zum Bau der B 323 verglichen. Es hat sich herausgestellt, dass die Prognosewerte zum jetzigen Zeitpunkt nicht überschritten werden, sich diese Prognose als richtig erwiesen hat. In einem abschließenden Klärungsgespräch mit Vertretern von hessen mobil, der BI und der Bauverwaltung bei Bürgermeister Wagner am 23.09.2013 wurden diese Ergebnisse der BI ausführlich erläutert. Im Nachgang fand am 05.11.2013 eine Besichtigung der Lärmschutzeinrichtungen an der B 323 mit hessen mobil und der Bauverwaltung statt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Die Ergebnisse einer aktuellen Verkehrszählung der Stadt Homberg (Efze) wurde hessen mobil übergeben, um diese zuletzt mit den Messungen aus 2010 zu vergleichen. Eine abschließende schriftliche Zusammenfassung des gesamten Vorganges wird hessen mobil der BI senden. Damit ist aus Sicht der Verwaltung der Prüfauftrag abgeschlossen.</p>
<p>der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 14.09.2011</p>	<p>betr. Frisches Leben in der alten Stadt: Alternativen zum Einkaufszentrum Marktplatz Ost</p>	<p>29.09.2011</p>	<p>“1. Der Antrag wird an die Ausschüsse für Bau, Planung, Umwelt und Energie sowie Stadtmarketing und Kultur verwiesen. 2. Bis zu einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die weiteren Planungen werden keine weiteren Gutachten in Auftrag gegeben, ggf. vergebene Aufträge für Gutachten werden storniert. Weiterhin werden ohne Beschluss der Stadtverordnetenversammlung keine Immobilien erworben und keine projektbezogenen Ausgaben getätigt.“</p>	<p>Der Antrag befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung. Eine durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Arbeitsgruppe hat am 12. Januar 2012 erstmals getagt.</p> <p>Das Landesamt für Denkmalpflege hat im Juni an einen Sachverständigen den Auftrag für eine Zustandsanalyse der Gebäude im Quartier erteilt. Der Stadt Homberg entstehen dadurch keine Kosten. Von der Bauverwaltung wurde am 20. Dezember in der Stadthalle eine Projektstudie zur Vitalisierung der Innenstadt vorgestellt. Die Bauverwaltung arbeitet weiter an der Vitalisierung der Innenstadt. Es werden Gespräche mit Fachbehörden und Fördermittelgeber geführt.</p>

der FWG-Fraktion vom 18.01.2012	betr. barrierefreier Zugang zur oberen Gehwegebene des Marktplatzes	02.02.2012	„Der Antrag wird an den Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss verwiesen, ebenfalls sollen die Behindertenbeauftragten eingebunden werden.“	Der Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss hat am 27.08.2012 eine Ortsbesichtigung durchgeführt. Teilgenommen haben auch die beiden Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Frau Nickel und Frau Siemon. Der Ausschuss sollte mit der Verwaltung, unter Berücksichtigung der geführten Diskussion, eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erarbeiten. Die Kosten wurden ermittelt. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung sollte der Haupt- und Finanzausschuss darüber beraten. Das Thema war TOP der letzten Sitzung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschusses am 04.11.2013 in Verbindung mit dem Stadtumbauprojekt Schirnen am Marktplatz. Hier wurde ein neuer Lösungsansatz vorgestellt. Eine Beschlussempfehlung wurde nicht abgegeben. Das weitere Verfahren Stadtumbauprojekt Schirnen am Marktplatz soll abgewartet werden. Die Kosten für den barrierefreien Zugang wurden mit dem Förderantrag Stadtumbau West für das Programmjahr 2014 im Projekt Schirnen beantragt.
der SPD-Fraktion vom 15.03.2012	betr. Öffnungszeiten der Spielhallen	29.03.2012	„Der Antrag wird an den Ausschuss für Stadtmarketing und Kultur, unter Hinzuziehung des Ordnungsamtes, verwiesen.“	Der Antrag wurde noch nicht abschließend im Fachausschuss beraten.
der SPD-Fraktion vom 15.03.2012	betr. DSL	29.03.2012	„Der Antrag wird an den Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss verwiesen.“	Der Antrag wird im Fachausschuss beraten.
der FWG-Fraktion vom 26.04.2012	betr. Vorlage der Jahresabschlüsse 2009, 2010 und 2011	30.05.2012	„Der Antrag wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.“	Der geprüfte Jahresabschluss 2009 ist von den Stadtverordneten am 14.11.2013 beschlossen worden. Der Jahresabschluss 2010 wurde dem Magistrat am 30. 1. 2014 vorgelegt und soll am 6.2. 2014 aufgestellt und zur Prüfung an das RPA weitergegeben werden. Über die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses 2010 sollen die Stadtverordneten am 27.2.2014 unterrichtet werden. Der Jahresabschluss 2011 soll bis spätestens Juni 2014 vorgelegt werden.
der SPD-Fraktion vom 13.09.2012	betr. Heimatkundliches Archiv	27.09.2012	„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, auf welche Weise dem Heimatkundlichen Archiv Homberg größere und für die Archivarbeit geeignete	Die Prüfphase hat begonnen, es fand ein Gespräch mit allen geschichtstragenden Vereinen der Stadt statt. Die städtischen Wohnungen in der Freiheiter Straße konn-

			<p>Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Insbesondere ist dabei ein möglicher Umzug des Archivs in den Wallensteinschen Damenstift zu untersuchen. Bei Eignung soll die Stadt den Umzug entsprechend unterstützen, sofern die damit einhergehenden städtischen Kosten den Betrag von 8.000 € nicht übersteigen.</p> <p>Der Magistrat solle sich mit allen geschichtstragenden Institutionen der Stadt Gedanken über eine dauerhafte Lösung machen und dabei auch die eventuelle Zusammenlegung verschiedener Standorte prüfen.“</p>	<p>ten bis auf eine vermietete werden. Die verbleibende wird zurzeit renoviert. Dafür gibt es auch schon Mietanfragen. Es gibt somit zurzeit dort keine freien Flächen.</p>
<p>der CDU-Fraktion vom 18.10.2012</p>	<p>betr. Verkehrssicherheit an der Bushaltestelle Kasseler Straße</p>	<p>01.11.2012</p>	<p>„Um die Verkehrssicherheit an der Bushaltestelle stadtauswärts in der Kasseler Straße in Homberg (Efze) zu gewährleisten, wird der Magistrat gebeten, folgende Maßnahmen zu prüfen und eine entsprechende Kostenermittlung durchzuführen.</p> <p>1.) Markierung der Teerfläche 2.) Anbringung von Abgrenzungsgeländer 3.) Anbringung von Hinweisschildern im Bereich vor der Bushaltestelle (absolutes Halteverbot) 4.) Errichtung eines Zebrastreifens in der Nähe der Bushaltestelle.</p> <p>Das Parkverhalten in der Kasseler Straße sollte grundsätzlich überdacht und ein Parkverbot ausgesprochen werden, weil es immer wieder zu Verkehrsstaus durch parkende Fahrzeuge kommt.“</p>	<p>Zu 1. ist möglich. Kosten ca. 450,00 €</p> <p>Zu 2. ist möglich. Kosten ca. 1.000,00 €</p> <p>Zu 3. nicht erforderlich. Die Bushaltestelle ist entsprechend der Straßenverkehrsordnung gekennzeichnet und es besteht daher vor und hinter dem Haltestellenschild ein Parkverbot von 15 m.</p> <p>Zu 4. Für die Anlage von Fußgängerüberwegen (FGÜ) sind die Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrsordnung und die Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen anzuwenden. Danach sollen Fußgängerüberwege u. a. nur angelegt werden, wenn auf beiden Straßenseiten Gehwege vorhanden sind und es erforderlich ist, dem Fußgänger Vorrang zu geben. Dies ist nur dann der Fall, wenn es die Fahrzeugstärke zulässt und es das Fußgängeraufkommen nötig macht. Das festgestellte Fußgängeraufkommen in diesem Bereich liegt unter 20/Std., das Fahrzeugaufkommen beträgt weniger als 150/Std. Fußgängerüberwege sind nach der Vorschrift möglich bei 50-100 Fußgängern/Std. und 200-300 Fahrzeugen/Std. Insgesamt sind die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anlage nicht erfüllt. Die Kosten für die Anlage eines Fußgängerüberweges</p>

				würden sich auf ca. 8.000,00 € belaufen. Das Parkverhalten wurde bereits in der Vergangenheit beobachtet. Zur Abhilfe ist in einem Abschnitt mittlerweile der Bordstein abgesenkt, um dort das Parken teilweise auf dem Gehweg zu ermöglichen. Zur nächsten Stadtverordnetenversammlung wird eine Vorlage des Magistrates erfolgen.
der CDU-Fraktion vom 18.10.2012	betr. Schwimmbad am Erleborn	01.11.2012	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Antrag an drei Ausschüsse (Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss, Ausschuss für Stadtmarketing und Kultur und Haupt- und Finanzausschuss) zu verweisen.	Der Jahreskartenverkauf und die Studentenermäßigung wurden bereits durchgeführt. Die Themen Babyplanschbecken und Liegewiese sind in Bearbeitung.
der SPD-Fraktion vom 08.03.2013	betr.: Bezeichnung „Reformationsstadt Hessens“	22.03.2013	Laut Herrn Bürgermeister Martin Wagner soll geprüft werden, wer Mitglied im Verein REFO 500 ist. Dann stellt er fest, dass die Bezeichnung „Reformationsstadt Hessens“ auf Antrag durch das Innenministerium verliehen wird. Beantragt werden soll „Kreisstadt Homberg (Efze), Reformationsstadt Hessens“.	Der entsprechende Antrag wurde durch den Magistrat an das Hess. Innenministerium gestellt.
der SPD-Fraktion vom 10.04.2013	betr.: Veranstaltungsareal Dörnberg	25.04.2013	„Der Antrag wird an den Haupt- und Finanzausschuss, den Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss und den Ausschuss für Stadtmarketing und Kultur verwiesen.“	Zur Prüfung der Genehmigungsfähigkeit durch die TÖB´s muss ein Konzept für die Anforderungen an ein Veranstaltungsgelände insbesondere für die Infrastruktur vorgelegt werden. Erste Ergebnisse der Prüfung wurden in der Sitzung des Bau-, Planungs-, Umwelt und Energieausschuss vorgestellt. Ein Grob-Konzept und eine Kostenschätzung ist erarbeitet und dem Magistrat in der Sitzung am 24.10.2013 vorgestellt worden. In der Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2013 wurde der Sachstandsbericht vorgetragen. Für eine weitere Bearbeitung des Prüfauftrages liegt der Verwaltung kein Auftrag vor.
der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2013	betr.: Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses Hessische Landgesellschaft mbH (HLG)	25.04.2013	Der Akteneinsichtsausschuss wurde eingerichtet.	Der Ausschuss hat die Arbeit aufgenommen.

der Fraktionen SPD, FWG und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.04.2013	betr.: Konversion - Rücknahmeoptionen	25.04.2013	Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat gebeten, die HLG unmittelbar nach erfolgter Beschlussfassung entsprechend anzuweisen und dem Parlament den Vollzug zu melden.	Befindet sich in Bearbeitung durch die HLG.
der Fraktionen SPD, FWG und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.04.2013	betr.: Konversion - Rückabwicklung Kauf	25.04.2013	Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat gebeten, die HLG unmittelbar nach erfolgter Beschlussfassung entsprechend anzuweisen und dem Parlament den Vollzug zu melden.	Befindet sich in Bearbeitung durch die HLG. Den städtischen Gremien wurden Stellungnahmen und Informationen des Notariats Nottelmann zu diesem Thema vorgelegt.
des Stadtverordneten Delf Schnappauf vom 20.06.2013	betr. Grundstücksverkäufen in dem angekauften Kasernengelände	04.07.2013	Incl. Änderungsantrag der FWG: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass alle Grundstücke im angekauften Kasernengelände zum Weiterverkauf öffentlich auszuschreiben sind. Die Kaufangebote sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen, die abschließend entscheidet, wer den Zuschlag erhält. Alle Verträge der Hessischen Landgesellschaft mit Grundstückskäufern und Grundstücksverkäufern bedürfen der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung. Die Hessische Landgesellschaft ist dem Stadtverordnetenvorsteher in Fragen im Zusammenhang mit Homberger Projekten direkt und uneingeschränkt auskunftspflichtig.	Wurde in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Von der HLG wurde ein Eckpunktepapier zu diesem Thema vorgelegt, über das bisher noch nicht beraten wurde.
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 26.09.2013	betr. Bessere Ausschilderung der historischen Altstadt	14.11.2013	Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die Zufahrt zur historischen Altstadt über die Nordumgehung auszuschildern und entsprechende Hinweise auf den vorhandenen Schildertafeln anbringen zu lassen: <ul style="list-style-type: none"> • Auf den Schildern an der Kreuzung Kasseler Straße/Nordumgehung in Richtung Melsun- 	Wird am 18.02.2014 im Fachausschuss behandelt.

			<p>gen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • an der Einmündung Mosheimer Straße auf die Nordumgehung in Richtung Innenstadt. <p>Der Reithausparkplatz sollte als „Parkplatz Altstadt“ ausgeschildert werden.</p>	
des Stadtverordneten Delf Schnappauf vom 30.10.2013	Betr. Aussprache über den Bruch des Briefgeheimnisses	30.01.2014	Die Stadtverordnetenversammlung soll zum dem Vorgang der geöffneten Briefpost Stellung nehmen.	Wurde in der Sitzung am 30. Januar 2014 behandelt.